

Bericht zu Tagesordnungspunkt 12. der 17. ordentlichen Hauptversammlung am 6. Juni 2024

Bericht des Vorstands der FREQUENTIS AG im Zusammenhang mit den Ermächtigungen des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 4 und 8 AktG sowohl über die Börse als auch außerbörslich im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals, auch unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre, die mit einem solchen Erwerb einhergehen kann

Der Vorstand der FREQUENTIS AG erstattet zu Tagesordnungspunkt 12. nachstehenden Bericht.

1. Ermächtigung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der FREQUENTIS AG beabsichtigen, der Hauptversammlung der Gesellschaft zu Tagesordnungspunkt 12. einen Beschluss vorzuschlagen, mit dem der Vorstand ermächtigt wird, gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 4 und Ziffer 8 AktG, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem Tag der Beschlussfassung der Hauptversammlung sowohl über die Börse als auch außerbörslich zu erwerben, wobei der niedrigste Gegenwert nicht mehr als 20% unter und der höchste Gegenwert nicht mehr als 10% über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börsenschlusskurs der vorangegangenen zehn Handelstage vor dem jeweiligen Erwerb der Aktien liegen darf. Der Handel in eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise und auch in mehreren Teilen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Ziffer 7 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens (§ 189a Ziffer 7 UGB) durch Dritte ausgeübt werden. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre durchgeführt werden, und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär. Ferner soll (i) der Vorstand ermächtigt werden, das Grundkapital durch Einziehung eigener Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss herabzusetzen, und (ii) der Aufsichtsrat ermächtigt werden, Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Im Hinblick auf die Möglichkeit eines außerbörslichen Erwerbs von eigenen Aktien gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 4 und 8 AktG legt der Vorstand einen schriftlichen Bericht über den Grund für den mit einem solchen Erwerb einhergehenden Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre vor.

2. Zweck der Erwerbsermächtigung unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit / Gesellschaftsinteresse

Die vorgeschlagene Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien auch unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von Aktien liegt insbesondere auch im Hinblick auf die Verwendung bzw. Veräußerung eigener Aktien im Rahmen der zu Punkt 13. der Tagesordnung der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung vorgeschlagenen Ermächtigung des Vorstands im Gesellschaftsinteresse.

So sollen die betreffenden Aktien etwa auch zur Ausgabe an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und/oder Mitglieder des Vorstands/der Geschäftsführung der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens, einschließlich zur Bedienung von Aktienübertragungsprogrammen, insbesondere von Aktienoptionen, Long Term Incentive Plänen oder sonstigen Beteiligungsprogrammen (wie insbesondere Modelle, wonach Mitarbeiter Aktien der Gesellschaft verbilligt erwerben oder Gratisaktien bis zu einem bestimmten Höchstbetrag im Fall des Erwerbs von Aktien der Gesellschaft zugeteilt erhalten können) veräußert oder verwendet werden können. Außerdem soll dem Vorstand für zukünftige Unternehmens-, (Teil-)Betriebs- oder Anteilsakquisitionen und zur Bedienung von allenfalls ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen eine hohe Flexibilität eingeräumt und schnelles Handeln ermöglicht werden.

Für eine ausführliche Darstellung des Zwecks der Ermächtigung des Vorstands zur Verwendung bzw. Veräußerung eigener Aktien auch unter Ausschluss der allgemeinen Kaufmöglichkeit der Aktionäre wird auf den Bericht des Vorstands zu Tagesordnungspunkt 13. der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung verwiesen, der auf der im Firmenbuch eingetragenen Internetseite der FREQUENTIS AG, www.frequentis.com > Investor Relations > Hauptversammlung > Hauptversammlung 2024 verfügbar ist.

Hinsichtlich des gegenständlichen Vorschlags zur Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien auch unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von eigenen Aktien wird wie folgt ausgeführt:

Aufgrund des verfügbaren Zeitrahmens, der Berücksichtigung der allgemeinen und besonderen Markt- sowie Aktienkursentwicklung, der an der Börse verfügbaren Handelsvolumina oder etwaiger Volumensbeschränkungen für Aktienrückkaufprogramme über die Börse kann ein Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von Aktien erforderlich sein. So etwa, wenn eigene Aktien durch die Gesellschaft nicht innerhalb der erforderlichen Zeit oder nicht zu einem angemessenen Preis über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot erworben werden können. Durch die Ermächtigung des Vorstands wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, die für die Bedienung von Aktienübertragungsprogrammen oder sonstigen Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen erforderlichen eigenen Aktien flexibel und zu optimierten Bedingungen zu erwerben. Dies gilt gleichermaßen für Erwerbe von eigenen Aktien für Zwecke zukünftiger Unternehmens-, (Teil-)Betriebs- oder Anteilsakquisitionen oder zur Bedienung von allenfalls ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen.

3. Interessensabwägung

Die Ermächtigung des Vorstands zum Rückerwerb eigener Aktien unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von Aktien zur Beschaffung eigener Aktien für die Bedienung von Aktienübertragungsprogrammen oder sonstigen Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen kann bei Abwägung der zu berücksichtigenden Umstände erforderlich, geeignet und angemessen sein und im Interesse der Gesellschaft liegen. Dies wird insbesondere der Fall sein, wenn – etwa aufgrund des verfügbaren Zeitrahmens, der Berücksichtigung der allgemeinen und besonderen Markt- sowie Aktienkursentwicklung, der an der Börse verfügbaren Handelsvolumina oder etwaiger Volumensbeschränkungen für Aktienrückkaufprogramme über die Börse – eigene Aktien durch die Gesellschaft nicht innerhalb der erforderlichen Zeit oder nicht zu einem angemessenen Preis über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot erworben werden können.

Die rasche Verfügbarkeit von Aktien im erforderlichen Ausmaß als Akquisitionswährung für zukünftige Unternehmens-, (Teil-)Betriebs- oder Anteilsakquisitionen und zur Bedienung von allenfalls ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen, stellt ebenfalls eine sachliche Rechtfertigung für den Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre dar.

Der Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von Aktien ist aus den dargestellten Gründen bei Abwägung der zu berücksichtigenden Umstände erforderlich, geeignet, angemessen, liegt im Interesse der Gesellschaft und ist damit sachlich gerechtfertigt. In diesen Fällen überwiegt insgesamt das Gesellschaftsinteresse den Nachteil der Aktionäre durch den Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit.

Der Rückerwerb eigener Aktien unter Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre bei einem außerbörslichen Erwerb von Aktien sowie die Festsetzung aller Bedingungen eines solchen Rückerwerbs darf nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft erfolgen. Sollte der Vorstand von der ihm erteilten Ermächtigung zum Ausschluss der allgemeinen Veräußerungsmöglichkeit der Aktionäre von Aktien Gebrauch machen, so wird durch den Vorstand ein neuerlicher schriftlicher Bericht zu erstellen und spätestens zwei Wochen vor Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat zu veröffentlichen sein.

Zusammenfassend kommt der Vorstand der FREQUENTIS AG zu dem Ergebnis, dass die Erteilung einer Ermächtigung an den Vorstand der Gesellschaft, eigene Aktien außerbörslich zu erwerben, den gesetzlichen Vorschriften vollkommen entspricht. Der Vorstand ersucht, diesem Vorhaben zuzustimmen.

Wien, Mai 2024

Der Vorstand